

30/1994

Helmut Kohl zu den Landtagswahlen:

Ein großartiges Ergebnis in Sachsen – aber Enttäuschung in Brandenburg

Bundeskanzler Helmut Kohl zeigte sich nach den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zusammen mit Ministerpräsident Kurt H. Biedenkopf und dem brandenburgischen Spitzenkandidaten Peter Wagner insgesamt zufrieden über den Ausgang der Landtagswahlen. Das Ergebnis in Sachsen sei großartig und in dieser Dimension nicht erwartet worden, der Ausgang der Wahl in Brandenburg sei jedoch enttäuschend.

Kohl betonte, in beiden Ländern hätten die Spitzenkandidaten als Persönlichkeiten gesiegt. Diese „klare Personalisierung wird auch bundespolitische Auswirkungen haben“, sagte der Parteivorsitzende nach der Sitzung des Parteivorstandes. Die Sehnsucht der Menschen nach Personen, denen man vertrauen kann, werde immer stärker. Dieses werde sich bei der Bundestagswahl positiv für die CDU auswirken. Man habe im Bundesvorstand ausführlich über die Vorbereitungen der letzten fünf Wochen bis zur Bundestagswahl diskutiert. Die Ausgangslage für die CDU sei nicht schlecht. Die Union liege bundesweit zwischen 42 und 43 Prozent. „Ich will diese Daten nicht überbewerten, aber wir haben eine gute Chance, diese Position weiter auszubauen.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Wahlen

Vertrauen in Kurt Biedenkopfs Führungskraft. Seite 3

● Rot-Grün

Wenn Magdeburg Modell würde... Seite 6

● Innere Sicherheit

CDU setzt Verbrechensbekämpfungsgesetz durch. Seite 8

● Junge Union

Gespräche über Morgen — voll im Trend. Seite 10

● Dokumentation

Wir haben ein gewaltiges Pensum an erfolgreicher Arbeit geleistet. Rede von Helmut Kohl im Deutschen Bundestag. Grüner Teil

● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtübersicht über die Werbematerialien der Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

● CDU extra

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Blauer Teil

Der Blick nach Sachsen-Anhalt hat für klare Mehrheiten gesorgt

Die Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim kommt in ihrer Analyse zu dem Schluß, daß die Ergebnisse vor allem auf die Person Biedenkopf und Stolpe zurückzuführen seien. Deshalb seien auch keine Rückschlüsse auf die kommende Bundestagswahl möglich. In der Analyse heißt es unter anderem:

„Das klare Votum für die regierenden Volksparteien in Brandenburg und Sachsen ist in erster Linie durch die politische Dominanz der Personen Manfred Stolpe und Kurt Biedenkopf entstanden. Eine so starke Personenkomponente ist nur in den neuen Bundesländern möglich, da dort noch keine stabilen Parteibindungen vorhanden sind.

Mit Sicherheit haben auch die Probleme der Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt die Bereitschaft der Wähler gefördert, für klare Mehrheiten zu sorgen. Dies wurde

auch durch eine sehr niedrige Wahlbeteiligung erleichtert, bei der außer der Partei des jeweiligen Ministerpräsidenten nur noch die PDS ihre Wähler zur Wahlteilnahme mobilisieren konnte.

Daß Regierungen in einer Zeit großen wirtschaftlichen Umbruchs deutliche Mehrheiten erhalten, ist nur möglich aufgrund der vergleichsweise hohen Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage. Zwar wird die allgemeine wirtschaftliche Situation in Brandenburg und auch in Sachsen weiterhin kritisch beurteilt. Ihre eigene wirtschaftliche Lage hingegen bezeichnen inzwischen in beiden Ländern rund 40 Prozent als ‚gut‘ und nur lediglich 13 Prozent bzw. 14 Prozent bewerten sie als ‚schlecht‘. ... Diese Konstellation ermöglicht in kurzer Zeit größere Veränderungen beim Abschneiden der Parteien als in den alten Bundesländern.“

(Fortsetzung von Seite 1)

Das heißt nicht, daß wir die Wahl schon gewonnen haben. Wir müssen weiter um jede Stimme kämpfen und haben keine Stimme zu verleihen.“

Alle Indikatoren zeigen, daß SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS entschlossen seien, jede Chance zu nutzen, um einen Machtwechsel in Bonn zu erreichen, warnte der Kanzler. An einem Wiedereinzug der FDP in den Bundestag habe er jedoch nicht den geringsten Zweifel. Je lauter die Totenglocklein läuten, um so sicherer sei der Einzug der FDP in den Bundestag, meinte Kohl auf hartnäckige Fragen der Journalisten nach der Kanzlermehrheit. Weiter sagte Helmut Kohl, die Entscheidung der SPD-Führung, eine rot-grüne Minderheiten-Regierung in Sachsen-Anhalt von der PDS tolerieren

zu lassen, sei der elementarste Fehler der letzten zehn Jahre gewesen. Diese Entscheidung habe zu dem verheerenden Wahlergebnis der SPD in Sachsen beigetragen.

Die CDU wird ihre harte Auseinandersetzung mit der PDS fortsetzen und die Wähler auf die Richtungsentscheidung am 16. Oktober hinweisen. Die Union kämpfe nicht gegen die Wähler der PDS, die man zur demokratischen Mitte zurückholen wolle, sondern gegen die alten SED-Kader. Die CDU-Wahlkämpfer vor Ort seien aufgerufen, den Leuten klar zu machen, daß die PDS nicht nur mit drei Mandaten in den Bundestag einzöge, sondern über die Liste wahrscheinlich bis zu 30 Sitze erzielen könne. Das müsse den Wählern eindringlich klar gemacht werden. Hier bestünde immer noch eine große Informationslücke.

Kurt Biedenkopf:

Vertrauen in die Führungskraft

Ministerpräsident Kurt Biedenkopf faßte auf der Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus noch einmal die Hauptursachen für den großartigen Wahlerfolg in Sachsen kurz zusammen und führte u. a. dabei aus:

Es gibt wesentliche Ursachen in Sachsen selbst. Das ist einmal die Geschlossenheit und der Einsatz der Partei und die Tatsache, daß sie sich sehr stark mit Sachsen identifizieren konnte. Die Identifikation der Menschen mit ihrem Land ist in Sachsen besonders ausgeprägt und wir haben diese Identifikation auch bewußt verstärkt.

Zweitens haben wir sehr intensiv gearbeitet auf der kommunalen Ebene. Wir stellen nach der jüngsten Kommunalwahl alle Landräte in Sachsen, soweit sie schon gewählt sind. Zwei stehen noch aus, aber da sieht es auch gut aus. Außerdem stellen wir eine große Zahl von CDU-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wir hatten das auch schon in der zu Ende gehenden Legislaturperiode, also während der ersten vier Jahre.

Es ist ganz zweifellos, das ergibt sich aus dem Verhältnis der Wahlkreisstimmen zu den Listenstimmen, auch ein Ministerpräsidenten-Bonus wirksam geworden. Der Unterschied zwischen den Direktstimmen und den Listenstimmen beträgt acht Prozent, d. h. es sind acht Prozent mehr Stimmen für die Listen abgegeben worden als für die Wahlkreisandidaten. Wir haben natürlich auch in Sachsen profitiert von der ständigen Verbesserung der Position der CDU auf Bundesebene und damit auch von der Position des Bundeskanzlers.

In der Wählerschaft haben wichtige weitere Gesichtspunkte eine Rolle gespielt z. B., der Wunsch nach Kontinuität des begonnenen Aufbaus, das Gefühl, daß die amtierende Staatsregierung sächsische Interessen im Bund, vor allem auch im Zusammenhang mit dem Solidarpakt, angemessen und gut vertreten hat. Und, was ganz wichtig ist, eine große Zahl von Wählern hat sich zweifellos auch durch den Wunsch leiten lassen, der PDS keinen Einfluß auf die Regierungsbildung zu geben.

Hier hat mit Sicherheit das Beispiel Sachsen-Anhalts abschreckend gewirkt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Situationen haben, in der durch ungeklärte Mehrheitsverhältnisse der PDS eine Schlüsselrolle im Parlament zufällt. FDP und Bündnis 90/Grüne sind wohl vor allem deshalb ausgeschieden, weil beide auf Landesebene Schwierigkeiten hatten, ihre jeweilige Funktion zu definieren. Es gab in Sachsen keine CDU/FDP-Koalition, deshalb hing die FDP in der Luft und war schon zu Beginn dieses Jahres in allen Umfragen unter fünf Prozent. Man hat es nicht geschafft, die notwendige Eigenständigkeit der FDP zu definieren, zumal es eine relativ breite Meinung im Land gab, daß die CDU mit ihrem Ministerpräsidenten wahrscheinlich wieder die Mehrheit der Mandate gewinnt und dann sind die Leute eher zur CDU gegangen. Die CDU hat ein Netto-Plus von 23.000 Stimmen aus dem Bereich der FDP.

Was die Grünen anbetrifft, so ist die Situation Bündnis 90/Grüne bisher diffus gewesen. Die Partei hat auch kein wirkliches Profil entwickelt, denn Bündnis 90

hatte eine ganz andere Aufgabe bei der Wende als die Grünen. Die Kombination hat die Konturen dieser Gruppierungen nicht verschärft sondern eher verwässert, so daß die Leute nicht wußten, was diese politische Gruppierung für eine Bedeutung haben sollte.

Die Wahlbeteiligung ist sehr gering gewesen. Auf der Basis der absoluten Stimmen ist sie gegenüber 1990 um 22,6 Prozent zurückgegangen. Ein größerer Teil der Wahlenthaltungen ging zu Lasten der SPD, bei der FDP ist es, wie es das Ergebnis ja zeigt, 74 Prozent Rückgang. Die einzigen, die einen Zuwachs hatten von 26 Prozent auf der Basis von 1990, ist die PDS. Die PDS hat bei den Direktstimmen nur 1.500 Stimmen mehr als 1990, aber bei den Listenstimmen knapp 70.000 mehr als 1990.

Es lohnt sich sehr diese Zahlen im einzelnen zu analysieren, weil sie zeigen, daß auch die Prozentangaben alleine ohne Relativierung durch die jeweilige Wahlbeteiligung zu falschen Schlußfolgerungen führt. Die Prozentsätze steigen natürlich bei konstanten absoluten Zahlen mit fallender Wahlbeteiligung. Und ein Teil des Zuwachses der PDS, natürlich auch der CDU, ist aus der geringeren Wahlbeteiligung abzuleiten, wir haben ja keinen absoluten Stimmenzuwachs, sondern einen absoluten Stimmenrückgang.

Noch ein Wort zu den absoluten Mehrheiten. Es gab ja weit verbreitet Umfragen, daß die Bevölkerung absolute Mehrheiten ablehnt. Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß das so nicht stimmt. Wenn die Wähler vor der Frage stehen, sollen wir einer Partei die Verantwortung geben oder sollen wir unklare Koalitionsverhältnisse in Kauf nehmen, dann entscheiden sie sich jedenfalls in der Situation des Aufbaus für die erstere Alternative und zwar in beiden Ländern (Sachsen und Brandenburg). Ich glaube, man muß

überhaupt, wenn man demoskopische Analysen in Ostdeutschland macht, davon ausgehen, daß die Erfahrungswerte, von denen Demoskopen ausgehen, wenn sie Hochrechnungen machen oder wenn sie Erhebungen auf die Gesamtzahl der Wähler umrechnen, in Ostdeutschland so nicht stimmen. Es gibt dort eine ganze Reihe von Gesichtspunkten, die im Erfahrungshaushalt der Demoskopie aus Westdeutschland nicht enthalten sind. Und die wiederum sind auch in diesen Wahlen zum Ausdruck gekommen.

Wahlkampf-Argumente

Bilanz des Erfolgs

Die Legislaturperiode 1990-94 ist die wohl erfolgreichste Wahlperiode seit Gründung der Bundesrepublik. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Regierung haben in den zurückliegenden vier Jahren Gewaltiges geleistet. Eine übersichtliche und kurze Zusammenfassung dieser Erfolge bietet die 24 Seiten starke Broschüre „Eine Bilanz des Erfolgs“.

Brückenschlag nach Osten

Einen Einblick in die Politik der Verständigung und der Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten gibt die Broschüre „Brückenschlag nach Osten“, die jetzt in der Reihe „Dokumente“ erschienen ist. Die Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion präsentiert auf 110 Seiten eine Sammlung von wichtigen Materialien und Reden.

Beide Broschüren können bestellt werden bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abteilung Dokumentation
Telefon (02 28) 16-90 03
Fax (02 28) 16-8 60 68.

Peter Wagner:

Enttäuschend für Brandenburg

Wir haben ein Ergebnis erzielt in Brandenburg, das keiner von uns erwartet hatte und was uns in keiner Weise zufriedenstellt. Wir hatten mit einem ungefähren Wahlergebnis von über 20 Prozent gerechnet, und sind bei 18,7 Prozent zu finden. Wir liegen nur mit einer hauchdünnen, aber wirklich hauchdünnen Stimmenzahl über der PDS. Ein Punkt der uns nicht zufriedenstellen kann.

Für dieses Wahlergebnis in dem sehr dünn besiedelten Flächenland Brandenburg gibt es mehrere Gründe: Einmal hat Ministerpräsident Stolpe ungeachtet der Diskussion um seine Vergangenheit, die ja teilweise sehr offensiv geführt worden ist, keine Einbußen an Popularität hinnehmen müssen. Im Gegenteil, diese Diskussion um seine Vergangenheit hat nach unserer Auffassung noch zur Solidarisierung geführt. Das ist ein Umstand, dem man einfach ins Auge sehen muß. Wir haben, und das muß unumwunden zugegeben werden, nicht den Kopf entgegenstellen können, der notwendig gewesen wäre, um hier eine ernsthafte Gefährdung seiner Position hervorzurufen. Wir haben außerdem zu verzeichnen, daß unsere Wähler nicht zur Wahl gegangen sind. Ich kann hier mit einigen Zahlen aufwarten. Wir haben von der SPD 5.000 Wähler bekommen, wir haben 70.000 Wähler zur SPD abgegeben, das ist also ein definitiver Verlust von über 60.000 Stimmen. Dazu haben wir den Umstand zu verzeichnen, daß 75.000 Wähler, die in der Vergangenheit CDU gewählt haben, nicht zur Wahl gegangen sind. Ich glaube, daß das Ergebnis eines sehr deutlich macht, daß wir auf dieser, wenn

auch sehr niedrigen Basis, mit einer sehr konstruktiven Sacharbeit beginnen können. Denn man muß, um das Bild abzurunden, sehr deutlich machen, daß neben dem Fehlen einer Integrationsfigur wie sie in Sachsen und auch in Brandenburg vorhanden war, die Zerrissenheit der CDU-Landespartei Brandenburg und auch der Fraktion uns in keiner Weise dienlich gewesen ist. Es kommt hinzu, daß ich persönlich sehr spät in den Wahlkampf eingegriffen habe, nämlich erst vor einem halben Jahr.

Zum Wahlverhalten gegenüber den anderen Parteien muß ich hier fast analog wie in Sachsen sagen: Es ist der FDP und den Grünen nicht gelungen, in den Landtag von Brandenburg einzuziehen. Es hat den Nebeneffekt, daß in Brandenburg, wo ja bekannterweise eine Ampelregierung lange Zeit regiert hat, sehr deutlich geworden ist, daß der Wähler dieses Ampelmodell offensichtlich ablehnt.

Nach unserer Auffassung haben die kleinen Parteien, die wir im Landtag doch vermissen werden, den Fehler gemacht, daß sie sich der SPD angedient haben, um Ministerpositionen zu bekommen. Das hat sich nicht ausgezahlt.

Wir stellen ähnlich wie in Sachsen fest, daß das Verhalten der Erst- und Zweitstimmen in den Wahlkreisen interessante Aufschlüsse gibt. Es ist nämlich fast durchgängig so, daß bei den CDU-Kandidaten der Erststimmenanteil gegenüber dem Zweitstimmenanteil deutlich überwiegt. Während das bei der SPD genau umgekehrt der Fall ist. Auch konnten wir die letzte Aktion der SPD, nämlich für die Zweitstimme als Stolpe-Stimme zu werben, nicht noch abbremsen. ■

Wenn Magdeburg Modell würde ...

Neues von SPD, Grünen und PDS

Die Magdeburger Minderheitsregierung aus SPD und Grünen unter Tolerierung der PDS macht weiter negative Schlagzeilen. Fast sieben Wochen hat es gedauert, bis Ministerpräsident Höppner seine Regierungserklärung vorlegen konnte. Kein einziges Gesetz ist seit der Regierungsbildung auf den Weg gebracht worden. Das Magdeburger Modell erweist sich immer offensichtlicher als unverantwortliches Experiment zum Schaden Sachsen-Anhalts.

Die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung hat einen einfachen Grund: Bei Abstimmungen über ihre radikalen Blockade-Vorhaben (Stop der Südharzautobahn) würde noch einmal vor aller Öffentlichkeit demonstriert, daß die Minderheitsregierung bei allen Entscheidungen von der PDS abhängig ist.

Besonders die SPD-Parteispitze setzt alles daran, die Spuren solcher Abhängigkeit von der PDS zu verwischen. Und Reinhard Höppner? Er zeigt sich zusehends überfordert von dem strategischen Spagat seiner Parteiführung.

So unternahm er in einem Interview mit dem Berliner Tagespiegel vom 4. September einen Befreiungsschlag. Er offenbarte: Nicht er, sondern die SPD-Spitzen in der Baracke habe sich die rot-grüne Koalition mit PDS-Unterstützung ausgedacht. Höppner wörtlich:

„Ich habe schon am Tag nach der Wahl die Führungsspitze der SPD gefragt. Ich hätte das so nie durchgesetzt, wenn da ein Nein gekommen wäre [...]. Und wenn die anderen ja sagen, müssen sie auch die Verantwortung für das Ergebnis mittragen.“

Längst ist klar: Das rot-grüne Kabinett wird nicht Herr der Lage. Ohne eigene Mehrheit bringt es nichts zustande. Die PDS mutiert indessen vom Zünglein an der Waage zur lauten Stimme des Magdeburger Bündnisses. Die FAZ berichtet:

„Die PDS-Führung in Sachsen-Anhalt hat Ministerpräsident Höppner unterdessen aufgefordert, sich auf die SED-Nachfolgepartei zuzubewegen. Die politischen Gewichte seien neu verteilt, sagte der Landesvorsitzende Claus. „Manches ist da schneller gegangen, als wir dachten. Höppner muß uns Angebote unterbreiten, die für uns annehmbar sind.“ Die Regierung laufe sonst Gefahr, im Landtag eine Abstimmungsniederlage nach der anderen zu erleiden.“

Und der PDS-Funktionär ergänzte: „Blankoschecks stelle die PDS nicht aus.“ (FAZ, 6. September 1994) Die Folgen werden immer deutlicher: Rot-grün, abhängig von der PDS, kommt die Menschen in Sachsen-Anhalt teuer zu stehen. Blockadepolitik und Untätigkeit sind die eine Konsequenz, „Angebote“ an die kommunistische PDS die andere. Beides schadet Sachsen-Anhalt, auch über die Landesgrenzen hinaus.

Welchen Weg die Regierung Höppner zu gehen beabsichtigt, zeichnet sich in einem anderen Interview ab, das wohl nicht zufällig einen Tag vor der Wahl der Landesregierung am 21. Juli die PDS salonfähig machen sollte. „Ich muß mich inzwischen mit der Frage auseinandersetzen“, so Reinhard Höppner am 20. Juli 1994, „warum ich nicht gleich mit der PDS richtige Verhandlungen aufgenommen habe.“

Von dieser Überlegung bis zum Angebot

an die PDS, Ministerposten in einer rot-grünen Regierung zu übernehmen, ist es nur ein kleiner Schritt. Es ist sicher, daß SPD und Grüne ihn gehen würden. Der „Spiegel“ — bekanntermaßen kein Parteiorgan der CDU — schreibt in seiner neuesten Ausgabe über die Pläne von Gerhard Schröder und Joschka Fischer: „Beide wären bereit, die PDS an einer rot-grünen Bundesregierung zu beteiligen. [...] Fischer: Wenn schon, denn schon. Dann sollte man die PDS auch einbinden und zum Beispiel Gysi zum Minister für den Aufbau Ost ernennen. Dann könnten die PDSler ja unter

Beweis stellen, was sie drauf haben. Troikaner Schröder ist derselben Ansicht. Der designierte Wirtschaftsminister in Rudolf Scharpings Spitzenmannschaft will die PDS mit in eine rot-grüne Koalition nehmen, falls SPD und Grüne am 16. Oktober keine eigene Kanzlermehrheit zusammenbekommen. Auch Schröder kann sich Gregor Gysi als seinen Bonner Kabinettskollegen vorstellen — zum Beispiel im Amt des Wohnungsbauministers, ebenfalls zur Bewährung.“ (Der Spiegel, 12. September 1994)

Damit ist klar, was auf Deutschland zukäme, wenn Magdeburg Modell würde.

Die Machenschaften der PDS

Eine PDS-Insiderin enthüllt: „So haben wir damals in der SED gearbeitet, das kenne ich noch.“

PDS-Vorstandsmitglied Karin Dörre hat scharfe Kritik am Zustand ihrer Partei und dem internen Führungsstil der SED-Nachfolgeorganisation geübt:

„In der PDS-Spitze gibt es Geheimdiplomatie. Da mauscheln und kungeln, selbst bei strategischen Entscheidungen, Gregor Gysi und der frühere stellvertretende Parteichef, Andre Brie, gemeinsam mit ein paar engeren Vertrauten [...]. Das Interesse der Partei steht wieder über allem, wie zu schlechtesten SED-Zeiten [...]. Aber die Differenzen existieren — je länger sie tabuisiert werden, desto heftiger werden sie aufbrechen, spätestens nach den Wahlen [...]. So haben wir damals in der SED gearbeitet, das kenne ich noch.“

Dörre weiter zu einzelnen Gruppierungen innerhalb der PDS:

„Zum größten Teil haben wir ehemalige SED-Mitglieder, aber was mitunter an den Rändern der PDS los ist, darüber

wird so gut wie nicht diskutiert. Problematisch ist da keineswegs nur die kommunistische Plattform. In unserer Zentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus versammelt sich ein — nicht nur für mich fragwürdiger — Verein namens GRH. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung. In ihrem Präsidium ist der ehemalige Leipziger Stasi-Chef Manfred Humitzsch, zuständig für territoriale Arbeitsgruppen. Oder das Ostdeutsche Kuratorium, ein Zusammenschluß oft schwer durchschaubarer Organisationen wie die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde; oder die Gruppe ISOR, in der ehemalige Angehörige bewaffneter Organe mitmachen. Auf deren zentralen Treffen spricht unser Bundesvorsitzender Lothar Bisky in unser aller Namen Grußworte. Demonstrieren wir da nicht einen totalen Schulteranschluß mit Ewiggestrigen?“ (Quelle: Der Spiegel Nr. 37)

Erwin Marschewski:

Härtere Gesetze gegen das organisierte Verbrechen

Die SPD hat jetzt die Forderungen der Union zum Verbrechensbekämpfungsgesetz akzeptiert. In dem von ihr dominierten Bundesrat hatte sie ihnen noch die erforderliche Zustimmung verweigert. Bei dem gefundenen Kompromiß konnte sich die CDU/CSU-Fraktion mit allen ihren substanziellen Anliegen zur Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität durchsetzen.

Nach der Neuregelung wird der Bundesnachrichtendienst in die Bekämpfung des organisierten Verbrechens einbezogen. Er wird seine bei der Kontrolle des internationalen Fernmeldeverkehrs erlangten Erkenntnisse insbesondere zu Terrorismus, Drogenhandel, Geldwäsche und Proliferation an die Sicherheitsbehörden weiterleiten, die dann eingreifen können.

Auch die Kronzeugenregelung wird künftig beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen zur Anwendung kommen.

Spezieller Formen der organisierten Kriminalität widmen sich die Vorschriften über die Ausweisung straffällig gewordener Ausländer, insbesondere Rauschgift Händler, sowie diejenigen gegen das professionelle Schlepperunwesen.

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wird die Strafvorschrift über das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen dahingehend erweitert, daß auch das Verwenden solcher Kennzeichen strafbar ist, die den genannten zum Verwechseln ähnlich sind. Außerdem wird durch eine Erweiterung der Strafvorschriften gegen Volksverhet-

zung und Aufstachelung zum Rassenhaß die Verfolgung der „Auschwitz-Lüge“ erleichtert.

Zur nachhaltigeren Bekämpfung auch von Formen der Allgemeinkriminalität sieht das Verbrechensbekämpfungsgesetz Maßnahmen zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren vor. Allerdings wird es nicht möglich sein, das beschleunigte Verfahren dadurch sicherzustellen, daß über den Täter sogenannte Hauptverhandlungshaft verhängt wird; insoweit verbleibt es beim alten Haftrecht.

Weiterhin enthält der konzentrierte Entwurf u. a. Verschärfungen der Strafdrohungen bei Körperverletzungsdelikten, die dem hohen Wert des Rechtsgutes der körperlichen Integrität verstärkt Rechnung tragen.

Der Verbesserung des Informationsstandes der Strafverfolgungsbehörden über Ermittlungs- und Strafverfahren dient die Einrichtung eines zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters.

Damit ist es der CDU/CSU-Fraktion gelungen, ein Bündel von Maßnahmen zur Bekämpfung insbesondere solcher Erscheinungsformen der Kriminalität durchzusetzen, die sich — wie die rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Ausschreitungen der letzten Jahre und die organisierte Kriminalität — zu einer Herausforderung für Staat und Gesellschaft entwickelt haben. Selbst in Wahlkampfzeiten hat die Koalition mit diesem Gesetz ihre Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit bewiesen. ■

Der Aufschwung Ost hat nun auch den Arbeitsmarkt erreicht

Nach den neuesten vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen ist der Beschäftigungsrückgang in den neuen Ländern beendet. Die Talsohle auf dem Arbeitsmarkt ist durchschritten.

Das kräftige Wirtschaftswachstum von real 7,8 Prozent (1992), 5,8 Prozent (1993) und 8,9 Prozent (1. Halbjahr 1994) läßt die Erwerbstätigkeit wieder ansteigen. Nach den bereits im zweiten Halbjahr 1993 einsetzenden Beschäftigungszunahmen wurde jetzt erstmals seit der Wiedervereinigung das Beschäftigungsniveau des Vorjahres überschritten: Im zweiten Quartal 1994 waren im Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost 21.000 Personen (+ 0,3 Prozent) mehr erwerbstätig als im zweiten Quartal 1993. Unter Berücksichtigung des Pendlersaldos hatten rd. 6,6 Millionen Personen mit Wohnsitz in den neuen Ländern einen Arbeitsplatz.

Im Zuge des notwendigen Umbaus der sozialistischen Planwirtschaft in eine wettbewerbsorientierte Soziale Marktwirtschaft gingen innerhalb von drei Jahren über zwei Millionen Stellen in Betrieben und Verwaltungen verloren. Die Zahl der Erwerbstätigen ging von 8,82 Millionen im Jahresdurchschnitt 1990 auf 6,24 Millionen im Jahr 1993 zurück, nachdem bereits in der ehemaligen DDR von 1989 auf 1990 über eine Million Arbeitsplätze abgebaut worden waren.

Im Laufe des Jahres 1993 gingen die Abnahmen im Vorjahresvergleich bereits deutlich von minus 4,8 Prozent im 1. Quartal auf minus 1,0 Prozent im 4. Quartal zurück. Im ersten Halbjahr 1994 schließlich wurde die Talsohle der

Erwerbstätigkeit durchschritten. Nach nur noch 0,3 Prozent Beschäftigungsrückgang im ersten Quartal nahm die Erwerbstätigkeit im zweiten Quartal 1994 erstmals wieder im Vorjahresvergleich zu.

Diese positive Entwicklung wird auch von den übrigen Indikatoren zum Arbeitsmarkt bestätigt:

■ Die Zahl der Kurzarbeiter ist kontinuierlich zurückgegangen und hat im August 1994 mit 75.000 einen Tiefstand erreicht (-47,5 Prozent gegenüber Vorjahr).

■ Die Zahl der offenen Stellen lag im August 1994 mit 56.000 um fast 42 Prozent über dem Vorjahresstand.

■ Die Zahl der Arbeitslosen hat seit März 1994 — bis auf den Ferienmonat Juli — kontinuierlich abgenommen. Im ersten Halbjahr 1994 lag sie zwar noch über den entsprechenden Vorjahreswerten, im August 1994 unterschritt sie den Vorjahresstand jedoch bereits um 70.000 (-5,9 Prozent).

Dazu erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Diese Zahlen strafen die ewigen Pessimisten Lügen. Sie zeigen, was immer mehr Menschen in den neuen Ländern aus eigener Erfahrung spüren: Es geht wieder aufwärts — jetzt auch auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Aber noch sind über eine Million Menschen in den neuen Bundesländern arbeitslos. Deshalb können wir nicht die Hände in den Schoß legen. Wir müssen und werden auf dem eingeschlagenen Weg unbeirrt weitergehen, weil er der richtige ist. ■

CDU-Kinospots, Radiospots und JU-Gesprächsaktion

Gespräche über Morgen – voll im Trend

„Morgen“ und „Gestern“ — so heißen die beiden Titelhelden des kurzen Zeichentrickfilms im Steinzeit-Look, den die CDU bis zum Wahltag in rund 450 Kinos als Wahlspot zeigen wird.

„Morgen“ baut den Fortschritt und „Gestern“ (mit Bart) versucht ihn kaputtzumachen — ganz wie im Leben.

In rund 50 Städten — hauptsächlich in Wahlkreisen mit JU-Bundestagskandidaten — findet gleichzeitig vor den Kinos eine Dialog-Aktion statt. Mit einem Infostand im Steinzeit-Look bieten die zwei JU-Aktionsteams dem jugendlichen Kinopublikum „Gespräche über Morgen“ an. Damit verbunden ist eine humorvolle und informative Umfrageaktion mit Preisausschreiben.

Kennste Deutschland

Selbst hartleibige Pressevertreter zollten ihre Anerkennung, als CDU-Generalsekretär Peter Hintze und JU-Bundesvorsitzender Hermann Gröhe im Kuppelsaal des Bonner Metropol-Kinos mit Neuigkeiten aufwarteten: neben Kino-Spots und Gesprächsaktion, das Regierungsprogramm auf Computerdiskette sowie Hörfunkspots für private Radiosender. Dazu der Kino-Zeichentrickfilm als gedruckter Comic und das CDU-Computerspiel „Kennste Deutschland“ in Steinzeitverpackung. Ein inhaltlich und gestalterisch geschlossener Auftritt im Jugendwahlkampf von JU und CDU.

Ein besonderer Leckerbissen für Musikfans sind die neuen Hörfunkspots für private Radiosender, mit denen unter anderem auch die Kinogesprächsaktionen vorab angekündigt werden. Der

unterlegte Titel „Sweet Dreams“, der vom bekannten Musikproduzenten Frank Farian mitproduziert wurde, entwickelt sich gerade zu einem Renner in den deutschen Hitlisten.

Man trägt wieder CDU

Den Hörfunkspot gibt es in zwei inhaltlichen Versionen. Mit dem Spot „Lehrstellen und Arbeitsplätze“ soll deutlich werden, daß es gerade für junge Leute wichtig ist, mit der CDU auf Nummer sicher zu gehen und den Aufschwung nicht zu gefährden. Mit der Version „Man trägt wieder CDU“ wendet sich die Partei an die jungen Frauen, um deutlich ein ver-



„Morgen“ baut den Fortschritt ...

breitetes Vorurteil klarzustellen, die CDU sei nicht attraktiv für die jungen Wählerinnen in Deutschland. Die Wahrheit ist: Bei der Europawahl war die CDU bei den jungen Frauen stärkste Partei. Die CDU ist voll im Trend.

Jürgen Rüttgers:

Bund entlastet die Kommunen

Die Politik der Bundesregierung beschert den Kommunen erhebliche Entlastungen und damit schwarze Zahlen. Natürlich haben auch die Kommunen eine Menge zusätzlicher Lasten zu schultern. Dennoch bleibt im Saldo ein Plus, das den Kämmerern wieder mehr Luft verschafft. Erst Anfang Juni hat der Finanzplanungsrat seine Prognose für die Entwicklung der Kommunalfinanzen aufgezeigt. Das noch für 1995 erwartete Defizit von 10 Mrd. DM wird bis 1997 nahezu verschwunden sein. 1998 kann dann sogar ein Überschuß drin sein.

Dazu trägt der Bund durch vielerlei Maßnahmen bei. Allein 1995 ergeben sich erhebliche Einsparungen bzw. Mehreinnahmen: knapp 3 Mrd. DM durch die

Begrenzung der Sozialhilfe; 1,5 Mrd. DM aus steuerlichen und sonstigen Entlastungen; 3 Mrd. DM durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; 1,1 Mrd. DM dank Einführung der Pflegeversicherung, 1,9 Mrd. DM als Anteil der Gemeinden am Aufkommen des Zinsabschlags; 1,5 Mrd. DM aus der Neuregelung des Konzessionsabgaberechts.

Dazu kommen mittelfristig Mehreinnahmen für die Länder und Gemeinden durch die Postreform in Höhe von über 3 Mrd. DM jährlich, weil die Postunternehmen ab 1996 unter anderem Körperschafts-, Gewerbe- und Grundsteuer entrichten. Auch durch den rapiden Rückgang der Asylbewerberzahlen seit Inkrafttreten des neuen Asylrechts bleiben den Gemeinden erhebliche Kosten erspart. ■

Die Ungarn schlugen den ersten Stein aus der Mauer

Zum 5. Jahrestag der Grenzöffnung für DDR-Flüchtlinge durch die ungarische Regierung erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Öffnung der ungarischen Grenze für die Landsleute aus der DDR vor fünf Jahren war der Anfang vom Ende von SED-Diktatur, Stasi-Terror und Unfreiheit. Innerhalb weniger Stunden machten sich mehr als 12.000 Deutsche aus dem östlichen Teil unseres damals geteilten Landes auf den lang ersehnten Weg in die Freiheit.

Es war eine Abstimmung mit Füßen, denn die Menschen hatten genug vom Sozialismus. Die kommunistischen Machthaber sprachen von „organisier-

tem Menschenhandel“ und wollten die Fluchtbewegung mit allen Mitteln verhindern. Es ist die Mahnung dieses Jahrestages, daß ein solches System nie wieder Wirkmacht in Deutschland erhalten darf.

Die Ungarn schlugen mit der Grenzöffnung nicht nur den ersten Stein aus der Berliner Mauer, sondern sie schnitten zugleich das erste Loch in den Stacheldraht, der bis dahin die Völker Europas voneinander trennte. Es war der Mut der Ungarn, der den Weg zu einem geeinten Europa in Frieden, Freiheit und Sicherheit freimachte. Dafür gebührt ihnen Respekt und die Dankbarkeit aller Deutschen.

Verbrechensbekämpfungsgesetz

Kompromiß ein großer Erfolg

Bundesinnenminister Manfred Kanther hat den in der Untergruppe des Vermittlungsausschusses mit den Sozialdemokraten vereinbarten Kompromiß zum Verbrechensbekämpfungsgesetz als großen sicherheitspolitischen Erfolg bezeichnet.

Damit werde die Sicherheitsgesetzgebung der laufenden Legislaturperiode um ihr wichtigstes Gesetzesvorhaben vervollständigt. Alle wesentlichen Essentials des von der Koalition vorgelegten Entwurfs seien im Vermittlungsvorschlag nunmehr enthalten.

Kanther bedauerte, daß die Sozialdemokraten auf der Streichung der vorgesehenen Hauptverhandlungshaft bestanden hätten. Dafür sei wegen der Möglichkeit verbesserten Zugriffs der Strafverfolgungsbehörden gegenüber Tätern, bei denen der Verdacht bestehe, daß sie sich der in nächster Nähe anstehenden Hauptverhandlung entziehen könnten, Verbesserungen erreicht worden.

Die übrigen mehr redaktionellen Ergänzungen oder Korrekturen in Randbereichen des Gesetzes beträfen nicht seine wesentlichen Inhalte.

Bei Scharping und der SPD paßt nichts mehr zusammen

Zur Studie des Manger-Kreises der Friedrich-Ebert-Stiftung erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Faltlhauser:

Wenn selbst die der SPD-nahestehenden Wirtschaftsfachleute auf die zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung der Unternehmen und die sich daraus ergebenden Gefahren für Unternehmen und Arbeitsplätze hinweisen, so sollen auch Scharping und Lafontaine endlich erkennen, daß die Verwirklichung ihrer eigenen Steuererhöhungspläne und die Torpedierung der weiteren Reform der Unternehmensbesteuerung Gift für den Standort Deutschland wären.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und die Reißfestigkeit des sozialen Netzes sind untrennbar miteinander verbunden. Da Scharping und Lafontaine

dies nicht einsehen wollen, müssen die Wähler es ihnen deutlich machen.

Scharping hat kein Glück mit seinen Beratern: Die einen lassen sich von ihm engagieren für dekorative Beratung, wählen aber Helmut Kohl. Die anderen arbeiten im Auftrag der SPD, sagen aber wie jetzt die Ebert-Stiftung das Gegenteil von dem, was SPD-Programm ist. Bei Scharping und der SPD paßt nichts mehr zusammen.

Bernhard Vogel mit Ehrenring des Handwerks ausgezeichnet

Der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel ist in Erfurt mit dem Ehrenring des deutschen Handwerks ausgezeichnet worden. Im Rahmen des Europatages des Thüringer Handwerks überreichte Heribert Späth, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, die höchste Auszeichnung der Spitzenorganisation für Vogels hervorragendes Engagement beim Wiederaufbau in den neuen Ländern.

Auf gegen rechts und links – Gebt Radikalen keine Chance

1. Deutschland hat im 20. Jahrhundert unter zwei Ideologien gelitten — dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus. Nach 1945 hat sich im Westen Deutschlands eine stabile Demokratie entwickelt, die geprägt ist durch einen breiten antitotalitären Konsens in der Bevölkerung. Es gehört zu den Lehren unserer Geschichte und unserer Verantwortung vor den Opfern, daß wir alles tun, um unsere Demokratie zu festigen und jeglichen Radikalismus — von rechts und von links — von seinen Wurzeln her zu bekämpfen.

2. Rechte und linke Radikale sind eine Gefahr für unser Land. Sie schüren Vorurteile, setzen auf Ressentiments und befürworten den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Damit fördert der Radikalismus die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft. Dies ist ein Schaden für unsere Demokratie.

3. So sehr sich der linke und rechte Radikalismus in den politischen Inhalten unterscheiden, so sehr gleichen sie sich in ihren Strukturen und Methoden. Beide Ideologien haben totalitäre Züge, die eine innerparteiliche Demokratie unmöglich machen und den einzelnen indoktrinieren. Sie fördern die Intoleranz und verschleiern ihre eigentlichen Ziele.

4. Die demokratischen Parteien tragen Verantwortung für die Bewahrung des politischen Konsenses gegen den Radikalismus. Alle Demokraten müssen zum Wohle unseres Landes jegliche Zusammenarbeit mit den Radikalen ablehnen. Es darf weder zu Tolerierungen durch Radikale und schon gar nicht zu Koali-

tionen kommen. Der Radikalismus muß politisch bekämpft und gesellschaftlich geächtet werden.

5. Radikale Parteien müssen von der politischen Mitte her bekämpft werden. Die CDU hat die rechtsradikalen Republikaner erfolgreich bekämpft. Die SPD

Zur CDU-Aktion „Auf gegen rechts und links — Gebt Radikalen keine Chance“ erklärt der Generalsekretär der CDU, Peter Hintze

hat dagegen bei der Bekämpfung der linksradikalen PDS versagt.

6. Die SPD muß wieder zum Konsens der Demokraten zurückfinden und die PDS-gestützte Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt beenden. Durch die Kooperation von SPD und PDS hat die umbenannte SED eine Schlüsselposition in der Politik erhalten. Wir fordern die SPD auf, diesen Skandal zu beenden. Solange die SPD ihre PDS-gestützte Minderheitsregierung in Magdeburg nicht aufkündigt, ist ihre Distanzierung von der PDS unglaubwürdig.

7. Die Wähler radikaler Parteien wollen mit ihrer Wahl ein Signal des Protestes setzen. Es gehört zur Aufgabe der Demokraten, sie für demokratische Parteien zu gewinnen.

8. Die Bekämpfung des Radikalismus ist nicht allein Aufgabe der politischen Parteien. Insbesondere die großen Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften, Verbände, aber auch einzelne Persönlichkeiten wie Künstler, Intellektuelle, Unternehmer oder Journalisten, sind aufgeru-

**AUF
GEGEN RECHTS
UND LINKS**

**Gebt Radikalen
keine Chance!**

CDU

fen, den Radikalen von rechts und links entschieden entgegenzutreten.

9. Extremistische Gewalt muß der Staat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Gewalttäter müssen die ganze Härte der wehrhaften Demokratie zu spüren bekommen.

10. Die CDU Deutschlands fordert alle Wählerinnen und Wähler auf, am 16. Oktober den Radikalen von links und rechts eine klare Absage zu erteilen und ausschließlich demokratischen Parteien ihre Stimme zu geben. Jede Stimme für den Radikalismus schadet der Zukunft unseres Landes.

Generalsekretär Peter Hintze: Aufschwung darf nicht durch rotes Signal gestoppt werden

Das Statistische Bundesamt hat es bestätigt: Die deutsche Wirtschaft hat Fahrt aufgenommen. Das Bruttoinlandsprodukt ist in der ersten Hälfte dieses Jahres um 2,8 Prozent gewachsen. In Westdeutschland beträgt die Steigerungsrate 2,2 Prozent, in den neuen Ländern schlägt der Aufbau mit einer Steigerung von stolzen 8,9 Prozent zu Buche. Der Aufschwung hat eingesetzt. Das Konzept der Bundesregierung ist aufgegangen. Unser Programm für Wachstum und Beschäftigung greift. Dies wirkt sich positiv auf dem Arbeitsmarkt aus. — Dieser Aufschwung darf nicht durch ein rotes Signal nach dem 16. Oktober gestoppt werden.

Theo Waigel:

Unsere solide Finanzpolitik zahlt sich jetzt aus

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1995 und der Finanzplan bis 1998 sind die Grundlage für die dauerhafte Finanzierung der deutschen Einheit. Haushaltsentwurf und Finanzplanung stehen für Stabilität, Kontinuität und Zukunftsgestaltung. Sie stehen für Wahrheit und Klarheit vor den Wahlen; denn es geht um harte Realitäten und nicht um rote Träume.

Die Beratung über den ersten Haushalt der neuen Legislaturperiode fordert Bilanzierung und Perspektive. Zentrale finanzpolitische Aufgabe war und bleibt, die Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Einheit haushalts- und gesamtwirtschaftlich sicherzustellen.

In der **ersten Phase** vor und nach der Wiedervereinigung ging es darum, finanzielle Soforthilfe zu leisten, die Währungsunion zu vollziehen, die Privatisierung in Ostdeutschland einzuleiten und das soziale Netz zu knüpfen. In einer **zweiten Phase** standen Konkretisierung, Quantifizierung und Zuordnung der Aufgaben sowie die Schaffung der notwendigen Finanzierungsinstrumente im Mittelpunkt. In einer **dritten Phase** werden wir in der kommenden Legislaturperiode die schrittweise Annäherung an die finanz- und steuerpolitischen Wachstumsvoraussetzungen erreichen, wie sie bereits Ende der 80er Jahre nach erfolgreichen Jahren der Konsolidierung und Steuersenkung bestanden hatten.

Diejenigen, die unsere Finanzpolitik heute mit unhaltbaren Vorwürfen und zum Teil absurder Kritik überziehen, wollen vergessen machen, wie die wirklichen

Ausgangsbedingungen im Jahre 1990 waren. Neben den Verbrechen gegen die Menschen hatte die SED Industrie, Handel und Handwerk in ihrem Machtbereich systematisch heruntergewirtschaftet und ausgeblutet.

Wenn heute die PDS zur freien Bundestagswahl vor die Wähler tritt, muß sie sich mit der jahrzehntelangen Verschwendung von Ressourcen mit menschenverachtender Umweltverschmutzung und der Vergeudung von Ideen und Arbeitsplätzen von Millionen von Menschen konfrontieren lassen, die ihre Vorgängerorganisation und damit sie selbst zu verantworten hat.

Die frühere DDR war entgegen den Behauptungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine kein blühendes Industrieland, sondern schon vor dem November 1989 zum wirtschaftlichen Zusammenbruch verurteilt. Das belegen Dokumente und interne Einschätzungen der Wirtschaftsfachleute der früheren DDR.

Angeichts dieser Ausgangssituation grenzt es ans Lächerliche, wenn die SPD versucht, die unvermeidbare Kreditaufnahme und auch die Erhöhung der Steuer- und Abgabenlasten als leichtfertigen Umgang mit den öffentlichen Finanzen darzustellen.

Tatsache ist: Ohne die finanziellen Lasten des SED-Regimes könnte ich heute auf die niedrigste Verschuldung und die günstigsten Steuer- und Abgabenziffern in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verweisen.

Aber ich bin gerne bereit, die Verantwortung für die finanzpolitische Entwicklung und die Entscheidungen der letzten Jahre zu übernehmen; denn jede Mark, die wir zusätzlich bewilligt haben, war eine Investition in die deutsche Einheit.

Jede Mark steht für Arbeitsplätze, Investitionen und soziale Sicherheit, steht vor allem aber für Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen. Diejenigen in der SPD, die das immer noch nicht erkennen, sollten sich gelegentlich mit Frau Ministerin Hildebrandt zusammensetzen, die im ersten Fernsehprogramm genau mit diesen Argumenten die Finanzpolitik und die Kreditaufnahme in ihrem Land Brandenburg vertreten hat. Ich habe ihr bei anderer Gelegenheit einmal gesagt: Wenn Sie, Frau Hildebrandt, nur einen Tag Finanzministerin in Deutschland wären, dann würde die Mark zum Rubel verkommen. Sie hat mir nicht widersprochen.

Nur wenn die Finanzierung der Einheit im Einklang mit Wachstum und Beschäftigung steht, ist der deutsche Integrationsprozeß erfolgreich. Zwischen 1990 und 1994 hat der Bund rund 560 Milliarden DM an einigungsbedingten Ausgaben finanziert. Auch nach Abzug der eingesparten teilungsbedingten Kosten, der Steuermehreinnahmen aus den jungen Bundesländern und der Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der Einheit bleiben netto über 260 Milliarden DM an einigungsbedingten Sonderlasten. Rund zwei Drittel dieses Betrages wurden durch jährlich ansteigende Ausgabeneinsparungen ausgeglichen. Diese Ziffer steht für harte und dauerhafte Einschnitte und widerlegt eindeutig alle Lügenmärchen von der angeblich auf Pump finanzierten Wiedervereinigung.

Statt unhaltbare Schuldenverantwortung zu konstruieren, sollte man zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland trotz aller

historisch einmaligen Aufgaben und nie dagewesenen Herausforderungen im finanzpolitischen Vergleich der objektiven Zahlen besser abschneidet als fast alle Industrieländer.

Nach den gerade an die Kommission der Europäischen Union gemeldeten Daten liegt Deutschland 1994 mit einem Staatsdefizit von 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unter der im Vertrag von Maastricht geforderten 3-Prozent-Grenze.

Deutschland ist nach einer aktuellen Übersicht des Internationalen Währungsfonds unter den sieben großen Industrieländern am erfolgreichsten beim Abbau des strukturellen Defizits.

Die OECD urteilt in ihrem Deutschlandbericht von letzter Woche: „Das strukturelle Defizit wurde erheblich reduziert“.

Die Deutsche Bundesbank schreibt im Monatsbericht vom Juni dieses Jahres im gleichen Tenor: „Insgesamt betrachtet zeichnen sich also deutliche Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen ab“.

Das Ifo-Institut stellt in seinem Konjunkturbericht vom Juli fest: „Das Finanzierungsdefizit des Staates geht deutlich zurück. Der Staat bekommt die Kosten der Wiedervereinigung in den Griff“.

Im selben Heft des Ifo-Instituts findet sich ein anderer interessanter Satz, der lautet: „Vielfach geäußerte Vermutungen, das Staatsdefizit werde 1994 ausufern, treffe nicht zu.“

Wir müssen im Haushalt 1995 auch die Spätfolgen des Konjunkturerinbruchs des letzten Jahres verkraften. Gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung belaufen sich die Mindereinnahmen bei den Steuern auf 10 Milliarden DM. Der Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit und die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe mußten trotz der inzwischen deutlich verbesserten Konjunkturlage um fast 15 Milliarden DM nach oben korrigiert werden.

Für den Haushaltsentwurf 1995 bedeutet das: Nachdem bereits im Zeitraum 1992 bis 1994 die Plafonds der Hälfte aller Einzelpläne nominal rückläufig waren, werden auch 1995 noch einmal viele Etats gegenüber dem Verfügungsrahmen des laufenden Jahres gekürzt. Den allergrößten Einsparungsbeitrag hat in den letzten Jahren der Verteidigungsbereich erbracht. Der Anteil der Verteidigungsausgaben hat sich gegenüber 1989 halbiert.

Man muß es sich vorstellen: Hier wurde der Etat halbiert und die Sozialausgaben sind von 98 Milliarden DM im Jahre 1989 auf 178 Milliarden DM im Jahre 1995 gestiegen. Da komme mir niemand und sage, dies sei soziale Kälte. Dann müßten wir 1982 unter Helmut Schmidt im Gefrierhaus gelebt haben.

Massiv gekürzt wird auch bei den Subventionen im Westen. So geht das absolute Volumen der Finanzhilfen in den alten Ländern im Zeitraum 1992 bis 1995 von 14 Milliarden DM auf 9,5 Milliarden DM — um rund ein Drittel — zurück.

Ich habe es vorher gesagt: Mit 178 Milliarden DM und einem Anteil an den Bundesausgaben von 37 Prozent bleibt der Sozialetat der bei weitem größte Ausgabeposten. Dieser hohe Anteil ist das Ergebnis der sozialverantwortlichen Politik der letzten Jahre. Ich nenne nur beispielhaft die Einführung des Erziehungsgeldes, die Anerkennung von Kindererziehungsleistungen in der Rentenversicherung, den Kindergeldzuschlag für Familien mit geringem Einkommen und die Anschubfinanzierung für Investitionen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern.

Zwischen 1985 und 1993 sind die Leistungen und Steuererleichterungen für Ehe, Familie und Kinder von 72 Milliarden DM auf 132 Milliarden DM angestiegen: 83 Prozent in acht Jahren. Das ist sozial

verantwortliche Politik, deren Erfolge niemand in Frage stellen kann.

Um soziale Sicherheit für alle Hilfsbedürftigen auf Dauer zu sichern, müssen wir den Kostenanstieg begrenzen. Wir haben deshalb unseren Vorschlag aus der letzten Sparrunde vom Sommer 1993 wieder eingebracht, die Arbeitslosenhilfe auf höchstens zwei Jahre zu befristen.

Das ist umstritten, und das wird kritisiert. Ich möchte dazu aber folgendes sagen: Wenn mir erstens jemand einen anderen Konsolidierungsvorschlag in gleicher Höhe vorlegt, dann bin ich sofort bereit, mit ihm darüber zu reden und zu diskutieren.

Bei der Anschlußarbeitslosenhilfe werden Leistungsbezieher ab 55 Jahren sowie bestehende Sozialpläne ausgenommen. Wir werden darüber hinaus noch prüfen, ob eine zeitliche Staffelung des Bezugs von Arbeitslosenhilfe in Abhängigkeit von der Dauer der Beitragsleistung beziehungsweise dem Alter bei vergleichbaren Einsparungen möglich ist.

Eines halte ich aber auf jeden Fall für notwendig: Wer nie einen Beitrag gezahlt hat, der kann nicht Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beantragen. Das gehört nicht zu den Lohnersatzleistungen.

Ich nehme an, daß uns auch Ministerpräsident Lafontaine bei dieser Gelegenheit zur Seite steht; denn er hat selbst gefordert: Auch Sozialleistungen gehören auf den Prüfstand. Sozialdemokratische Finanzminister in den Bundesländern kürzen bei den eigenen Sozialausgaben. Auch international gibt es angesichts der Konsolidierungszwänge für Sozialisten keine Kürzungstabus.

Die Einsparungen bei der Arbeitslosenhilfe werden teilweise kompensiert durch höhere Sozialhilfeleistungen der Gemeinden. In der Gesamtbilanz der aktuellen

Entscheidungen werden die Kommunen jedoch nicht unzumutbar belastet. Die Sparpakete des letzten Jahres haben bei allen Ebenen zu dauerhaften Minderausgaben geführt. Die Pflegeversicherung bringt den Gemeinden bereits ab 1995 Minderausgaben, die ab 1997 etwa 10 Milliarden DM betragen werden. Hinzu kommen die Auswirkungen der Postreform II, durch die für die Postunternehmen ab 1996 unter anderem Körperschaft-, Gewerbe- und Grundsteuerpflicht entstehen. Länder und Gemeinden erzielen dadurch Zusatzeinnahmen, die mittelfristig rund 3 Milliarden DM erreichen können. Die Anhebung der Konzessionsgebühren bringt rund 1,5 Milliarden DM in die Gemeindekassen.

Solidarität in der Finanzverantwortung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Ausrichtung der öffentlichen Haushalte auf Wachstum und Beschäftigung. Im Bundeshaushalt 1995 setzen wir trotz strikter Konsolidierungsvorgaben Schwerpunkte in den Bereichen Forschung, Wachstum, Investitionen und Standorticherung. Der allergrößte Teil der wachstumssichernden Ausgaben dient dem Aufbau in den ostdeutschen Bundesländern. Im Bundeshaushalt 1995 stehen wiederum insgesamt 150 Milliarden DM für die wirtschaftliche und soziale Integration Deutschlands zur Verfügung.

Ostaufschwung kommt in Fahrt

Was wir mit diesen hohen Beträgen für die Menschen in Ostdeutschland erreichen, wird gerade in diesem Jahr immer deutlicher. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten nach ihren jüngsten Prognosen in den jungen Ländern einen Zuwachs des realen Sozialprodukts von bis zu 9 Prozent. Das ist eine wirtschaftliche Dynamik, die weltweit ihr Gegenstück allenfalls in den neu industrialisier-

ten Ländern wie Taiwan, Singapur oder Südkorea findet.

Alleine in den ersten sechs Monaten dieses Jahres war die Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe um fast ein Viertel höher als im Vorjahreszeitraum. Auftragseingänge mit Zuwachsraten von nahezu 20 Prozent wie zuletzt im Juni sichern wirtschaftliche Dynamik auch für die vor uns liegenden Monate.

Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Sommer zum erstenmal wieder unter das Vorjahresniveau gesunken, und die Zahl der Kurzarbeiter geht weiter zurück.

In diesem Jahr werden in den jungen Bundesländern insgesamt rund 160 Milliarden DM investiert. Pro Kopf sind das rund 20 Prozent mehr als im Westteil Deutschlands. Ich halte das für eine großartige Leistung, die Früchte tragen wird. Die Einkommen, vor allem aber die Renten erreichen heute, je nach Bevölkerungsgruppe, schon 70 bis 90 Prozent des Westniveaus.

Natürlich konnten in vier Jahren noch längst nicht alle Verwüstungen beseitigt werden, die der Sozialismus bei den Industrieanlagen, im Verkehr, bei den Wohnungen, im Städtebau und vor allem im Umweltbereich angerichtet hat. Nur wer leugnet, daß in vier Jahren mehr passiert ist als vorher in 40 Jahren, der leugnet die Wirklichkeit und betreibt Demagogie.

Ausgaben- und Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte müssen gemeinsam auf das zentrale Ziel der Sicherung von Wachstum und Beschäftigung gerichtet sein. Dringend erforderliche Steuerentlastungen sind deshalb in einen klaren Konsolidierungskurs einzupassen, der die erreichte Preis- und Zinsstabilität auch für die kommenden Jahre sichert. Wir werden die notwendigen und zukunftsichernden Reformschritte im steuerlichen Bereich in Ruhe vorbereiten und in

einem Jahressteuergesetz 1996 verwirklichen.

Wir haben bereits im Zusammenhang mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm das Existenzminimum steuerfrei gestellt. Entsprechend dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts werden wir ab 1996 eine dauerhafte Regelung schaffen. Die von mir eingesetzte Kommission unabhängiger Sachverständiger soll im Herbst Eckwerte für die notwendigen Anpassungen vorlegen. Wir wollen eine Lösung ohne leistungsschädliche Progressionssprünge. Auch der linear ansteigende Steuertarif, der Hauptvorteil der Steuerreform 1990, steht nicht zur Disposition.

Angebliche Steuerausfälle von über 40 Milliarden DM stehen in diesem Zusammenhang nicht auf der Tagesordnung. Es sind vielmehr Lösungen absehbar, die mit einem Einnahmefall für Bund, Länder und Gemeinden von rund 15 Milliarden DM — davon rund 6 Milliarden DM für den Bund — verbunden sind. Das ist eine Größenordnung, die bei deutlich verbesserten Wachstumsdaten und strikter Finanzdisziplin auf allen Ebenen aufgefangen werden kann.

Durch schrittweise Verbesserungen haben wir seit 1983 die wichtige, familienpolitische Aufgabe der steuerlichen Freistellung des Kinderunterhalts verwirklicht. Bei einer besseren steuerlichen Berücksichtigung der familienbezogenen Aufwendungen kann dann das Kindergeld bedarfsgerecht auf kinderreiche Familien mit geringem Einkommen ausgerichtet werden.

Zu den Eckpunkten unseres steuerpolitischen Programms gehört die dritte Stufe der Unternehmensteuerreform, mit der wir den Investitions- und Arbeitsplatzstandort Deutschland dauerhaft sichern. Nach der Senkung der betrieblichen Einkommen- und Körperschaftsteuersätze in

dieser Legislaturperiode wollen wir vor allem die Gewerbesteuerlast der Betriebe nachhaltig verringern. Die Gewerbesteuer soll abgeschafft und die Gewerbeertragsteuer in mittelstandsfreundlicher Form gesenkt werden. Im Rahmen dieser Reform erhalten die Gemeinden einen fairen Einnahmenausgleich, der ihr Interesse an Gewerbeansiedlungen wahrt.

Wir wollen die Verbesserungen im Unternehmensteuerebereich wie bisher aufkommensneutral verwirklichen. Wir wollen darüber hinaus in den jungen Bundesländern die Aussetzung der ertragsunabhängigen Vermögensteuer verlängern und so den Betrieben den notwendigen Spielraum für wettbewerbsstärkende Investitionen belassen.

Der **Solidaritätszuschlag** ist eine vorübergehende, aber keine befristete Sonderabgabe. Je früher er durch Einsparungen und Zusatzwachstum ersetzt werden kann, desto besser.

Auf Dauer sind vor allem einfache Steuern gerecht und wachstumsfördernd. Steuervereinfachend wirken schon die geplante Abschaffung der Gewerbesteuer sowie die Anhebung des Kinderfreibetrags und die Freistellung des Existenzminimums.

Darüber hinaus habe ich in der letzten Woche eine Reihe von Vereinfachungsvorschlägen vorgelegt. Sie betreffen zum Beispiel den Bereich der Arbeitnehmerveranlagung, die Wohnungseigentumsförderung und die Pauschalierung bestimmter Werbungskosten. Wir werden im Zusammenhang mit den anderen steuerlichen Initiativen in der nächsten Legislaturperiode abschließend darüber entscheiden.

Wir wollen mit steuerpolitischen Instrumenten auch zum Umweltschutz beitragen. Es geht vor allem um eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes durch eine ent-

sprechende Anpassung in der Struktur der Verbrauchsteuern. Wir wollen eine solche Neuregelung europaweit und wettbewerbsneutral verwirklichen, ohne die Steuerlast insgesamt zu erhöhen.

Die von der SPD geförderte und geforderte ökologische Steuerreform läuft demgegenüber auf eine Zusatzbelastung der Wirtschaft hinaus und enthält unüberwindbare Widersprüche. Denn wenn Ihre Ökosteuer die Umweltziele erreicht, haben Sie keinen finanziellen Spielraum für die geforderte Abgabensenkung bei den Arbeitseinkommen. Bezeichnend ist auch, daß Sie die Kohlewirtschaft bei Ihren Abgabeplänen ausnehmen, obwohl von der Kohleverbrennung die größten Umweltbelastungen ausgehen. Das paßt nicht zusammen.

Wir wollen zukünftig die Steuerlast senken

Der entscheidende Unterschied zwischen unserer Steuerpolitik und den Plänen der SPD liegt darin, daß es bei uns kein Auspielen der einen gesellschaftlichen Gruppe gegen die andere gibt. Wir wollen Hand in Hand mit den Konsolidierungsfortschritten die Steuerzahler insgesamt entlasten. Das ist für alle weitaus besser als die wahlstrategischen Steuermodelle der SPD, die unverblümt auf Neid und Mißgunst setzen und versuchen, unser Land in „Besserverdiener“ und „Schlechterverdiener“ zu spalten. Wer brutto und netto verwechselt, wer als Einkommensgrenze für die geforderte Ergänzungsabgabe einmal 50000 DM und einmal 60000 DM angibt und wer verschweigt, daß die Grenze eigentlich bei 44000 DM liegen müßte, weil sonst mindestens 712 Milliarden DM am Finanzierungsvolumen fehlen, der erntet auch mit ungedeckten Entlastungsversprechen für bestimmte Einkommensgruppen wenig Zustimmung.

Sie müssen sich auch fragen lassen, wie Sie in einem Umfeld verschärften Standortwettbewerbs die finanzielle Abstrafung der Leistungsträger und Investoren gesamtwirtschaftlich rechtfertigen wollen. Ergänzungsabgabe von 10 Prozent für sogenannte Besserverdienende, Kapung des Ehegattensplittings, Schulgeld für Besserverdienende, Streichung der Kinderfreibeträge, möglicherweise höhere Belastungen beim Grundbesitz durch verkehrswertnahe Einheitswerte — damit prügeln Sie mit dem Steuerknüppel immer auf dieselbe Gruppe im mittleren Einkommensbereich ein, die im Beruf und in der Leistung für ihre Familie das Beste gibt und die Räder in Wirtschaft und Gesellschaft in Bewegung hält.

Zutreffend schreibt dazu Heinrich Rieker im „Rheinischen Merkur“ vom 22. April: „Es wird schwer sein, einem ledigen Schichtarbeiter, der mit Zuschlägen auf 5000 DM Monatslohn kommt, begreiflich zu machen, daß er ein Höherverdiener ist und dementsprechend schärfer besteuert werden muß“.

Es wird Zeit, daß die SPD steuerpolitisch aufwacht. Der Sachverstand — auch der in der eigenen Partei — steht gegen Sie. In der „Wirtschaftswoche“ vom 22. Juli hat Helmut Schmidt nüchtern festgestellt: „Wer nur die hohen Einkommen und Vermögen treffen will, muß sich fragen lassen, ob er noch mehr Kapital- und Wohnsitzverlagerungen nach Luxemburg, Monaco und anderswohin auslösen will“.

Wir wollen, statt Leistung zu bestrafen, den Wettbewerb um die besten wirtschaftlichen Ergebnisse vorantreiben. Mit der Privatisierung in Ost und West leistet die Finanzpolitik einen dritten entscheidenden Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung. Privatisierung war für uns schon immer eine Investition in Wettbewerb, Effizienz und Anpassungsfähigkeit

und kein Instrument allein zur Verbesserung der Einnahmehasis — dies gilt auch für die großen aktuellen Vorhaben Bahn, Postunternehmen und Lufthansa — ; vielmehr haben wir bei der Bahnreform Altverpflichtungen in Höhe von fast 70 Milliarden DM übernommen. Darüber hinaus leisten wir steigende Zahlungen an die Länder und Gemeinden im Zusammenhang mit der Regionalisierung des Bahnverkehrs.

Erfolgreiche Privatisierung

Das gewaltigste Privatisierungsprojekt der deutschen Geschichte steht in Ostdeutschland kurz vor dem Abschluß: Die Treuhandanstalt wird Ende dieses Jahres ihren Privatisierungsauftrag entsprechend der ursprünglichen Planung fast vollständig abgeschlossen haben. Über 14000 Unternehmen konnten aus der Staatswirtschaft entlassen werden. Dadurch wurden rund eineinhalb Millionen Arbeitsplätze gesichert und 200 Milliarden DM an Investitionszusagen vereinbart. Hinzu kommen der Verkauf von rund 40000 Liegenschaften, die sogenannte kleine Privatisierung von 25000 Handelsgeschäften, Gaststätten und Hotels sowie die Rückgabe von 10000 Betrieben an die früheren Eigentümer.

Der Versuch der SPD, diese historisch einmalige Leistung in dem von ihr verlangten Untersuchungsausschuß zu zerreden und herabzuwürdigen, ist auf peinliche Weise gescheitert. Zu Recht schreibt die „FAZ“ am 23. August 1994: „Ein historisch so einmaliger und noch nicht abgeschlossener Vorgang wie der Verkauf der überwiegend konkursreifen Produktionsstätten eines sozialistisch organisierten Landes läßt sich nicht nach Manier eines Gerichtsverfahrens durch eine halbjährige Zeugenbefragung klären“.

Unsere Finanz-, Steuer- und Privatisierungspolitik steht im vollen Einklang mit

den internationalen Prioritäten und Zielen. Solidität der öffentlichen Haushalte, Stabilisierung der Preise und Zinsen, Deregulierung und Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur sind die wichtigsten Instrumente, um die weltweit viel zu hohe Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Das ist das Ergebnis der aktuellen internationalen Beratungen vom G-7-Gipfel in Neapel bis zu den Beratungen in der Europäischen Gemeinschaft, die noch bis zum Ende des Jahres unter deutscher Präsidentschaft stattfinden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Präsidentschaft ist die Finanzdisziplin auf Gemeinschaftsebene. Wir drängen mit Nachdruck auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und äußerste Sparsamkeit.

Wir werden die deutsche Präsidentschaft nutzen, um die Wirtschafts- und Währungsunion einen weiteren großen Schritt voranzubringen. Vor allem werden wir darauf achten, daß die Bestimmungen des Vertrages von Maastricht zur Finanzdisziplin strikt eingehalten werden. Für niemanden darf es einen Eintritt in die Währungsunion zu ermäßigten Bedingungen geben; denn nur als Stabilitätsgemeinschaft hat die Währungsunion ökonomischen Sinn und Überzeugungskraft.

Mittel- und Osteuropa sind nicht vergessen

Der Beitritt von Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen wird im kommenden Jahr die Finanzkraft der Gemeinschaft stärken. Wir werden uns dafür einsetzen, daß diese finanzielle Reserve vor dem Zugriff derjenigen geschützt bleibt, die sofort wieder an neue Programme und Zuwendungen denken.

Wir wollen unter deutscher Präsidentschaft auch die Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die Gemeinschaft strategisch vorbereiten. Es geht um unsere geschichtliche Verantwortung. Es geht aber auch um Zukunftsmärkte und Vorteile der Kooperation, die wir langfristig entwickeln müssen.

140 Milliarden transferiert

Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Osteuropa setzt die Anpassungsbereitschaft der früher kommunistischen Länder voraus. Vor allem müssen sie die marktwirtschaftlichen Reformen konsequent vorantreiben und damit schrittweise ein Heranwachsen an den Gemeinsamen Markt ermöglichen.

Wir haben seit 1989 fast **140 Milliarden DM für die Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion zur Verfügung gestellt**. Das ist vertretbar, weil es Investitionen in den Frieden, in die Freundschaft, in die Zukunft sind, weil wir damit uns und der nächsten Generation Chancen ermöglichen, wie sie keine Generation vor uns in diesem Jahrhundert hatte.

Wir werden uns auch künftig internationalen Unterstützungsmaßnahmen für Osteuropa nicht entziehen. Dabei wird jedoch der Aspekt der Gegenseitigkeit noch stärker in den Mittelpunkt rücken. Das betrifft z.B. die Sicherheit der Kernkraftwerke im Bereich der früheren Sowjetunion und die Kontrolle des spaltbaren Materials, die in konstruktiver Zusammenarbeit der Beteiligten wesentlich wirksamer gestaltet werden muß.

In keinem Zeitraum der letzten 40 Jahre mußten in der Finanz- und Steuerpolitik innerhalb so kurzer Zeit so viele richtungweisende Entscheidungen getroffen werden wie seit 1990. Es ging um die Finanzierung gewaltiger Finanztransfers von

West nach Ost, um die Zuordnung der Finanzverantwortung zwischen den Ebenen, um weitreichende Steuerbeschlüsse, um die Förderung der Finanzmärkte, um Reformen bei Bahn und Post und um die größte Privatisierungsaktion in der Geschichte moderner Volkswirtschaften.

Bei allem Respekt vor unseren Vorgängern, bei allem Respekt vor den Altverordneten, auf deren Arbeit wir aufbauen konnten: Es ist noch in keiner Legislaturperiode so viel geschehen, so viel geleistet und so viel entschieden worden wie von 1990 bis 1994.

Wir waren am Jahresanfang vorsichtig optimistisch. Inzwischen haben alle wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigen und die Institute ihre Wachstumsprognosen für 1994 deutlich nach oben revidiert. Statt 1 bis 1,5 Prozent Zuwachs kann nun ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Realleistung um 2 bis 2,5 Prozent erwartet werden. Selbst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das uns am Jahresanfang noch Stagnation prophezeite, geht nun von einem Wachstum von 2 Prozent aus.

Produktion und Kapazitätsauslastung ziehen deutlich an. Was besonders wichtig ist: Die Arbeitslosenzahl wird im Jahresdurchschnitt 1994 um immerhin rund 150000 unter der ursprünglich geschätzten Zahl verharren und ab 1995 wieder zurückgehen. Das ist kein glücklicher Zufall; vielmehr stimmen Maßnahmen und Ergebnis nahtlos überein.

Eine erfolgreiche Bilanz

Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik zahlt sich aus. Das hat Ludwig Erhard in den fünfziger Jahren und sechziger Jahren gezeigt, das war das Ergebnis unserer erfolgreichen Politik in den achtziger Jahren, und das werden wir auch in den neunziger Jahren im Interesse der Menschen erneut unter Beweis stellen.

OECD-Gutachten bestätigt deutsche Wirtschaftspolitik

Das unabhängige Gutachten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unterstützt in seinen Aussagen sowohl die umgesetzten Maßnahmen der Koalition wie auch die Fortführung dieser erfolgreichen Politik.

Bei der schwersten Rezession der Nachkriegszeit — Rückgang der Nachfrage und gesamtwirtschaftlicher Produktion um ca. 2 Prozent im Jahr 1993; Rückgang des BIP gegenüber 1992 um ca. 1,25 Prozent trotz dynamischer Aufwärtsentwicklung in den neuen Ländern — ist es der Koalition gelungen, durch ein kompaktes und zielgerichtetes Maßnahmenbündel das Steuer herumzuwerfen.

Damit haben CDU/CSU und FDP gezeigt, daß sie Bewährungsproben erfolgreich meistern können, bei denen die Opposition schon in Teilbereichen hoffnungslos ins Schwimmen gekommen wäre.

Denn hinter den Zahlen des diesjährigen OECD-Länderberichtes verbirgt sich die große Leistung der Koalition deutsche Wiedervereinigung und die Überwindung der Rezession parallel in Angriff genommen, und bei der Bewältigung dieser Aufgaben eine großes Stück des Weges erreicht zu haben.

Dabei ist die deutsche Wirtschaft immer schneller dabei, wieder Tritt zu fassen und zur Spitzengruppe aufzuschließen. So konnte die Beschäftigung in der Industrie stärker erhalten werden als in den anderen OECD-Staaten und eine Konsolidierung als führende Exportnation in der EU wurde erreicht. So sieht sich die OECD gezwungen, ihre letztjährige Prognose über das Wirtschaftswachs-

tum von 1,4 Prozent auf 1,75 Prozent im Jahr 1994 und für das Jahr 1995 auf 2 Prozent nach oben zu korrigieren.

Diese Korrekturen basieren zum einen auf einer Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfeldes, zum anderen in den Bemühungen und Erfolgen der deutschen Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Eine solide Finanzpolitik und eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik schufen hierzu den richtigen und zukunftsweisenden Rahmen.

Auch wenn nach Aussagen der OECD die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach wie vor niedriger ist als im übrigen Europa, bleibt ihre Bekämpfung das her-

Von Rainer Haungs, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

ausragende Ziel unserer Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren.

Dieses Ziel ist erreichbar, erfordert jedoch eine weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die Investitionen in neue Produkte und Märkte und neue Produktionsweisen.

Dies alles ist notwendig, wird aber nicht ausreichen, wenn es auf dem Arbeitsmarkt nicht zu einer größeren Flexibilität kommt.

Anstatt deshalb wie das Kaninchen auf die Schlange von Seiten der SPD auf den Solidarzuschlag zu starren und gleichzei-

Vermittlungsergebnis Transrapid erfreulich

Zum Abschluß des Vermittlungsverfahrens zum Magnetschwebbahn-Planungsgesetz erklärte der Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dipl.-Verkehrsing. Horst Gibtner:

Es ist erfreulich, daß nach den unnötigen Streitereien der vergangenen Wochen und Monate nun doch ein Kompromiß zum Magnetschwebbahn-Planungsgesetz gefunden wurde. Entscheidend ist: Der Transrapid kann nun genau wie jeder andere Verkehrsträger geplant und gebaut werden. Umweltverträglichkeitsuntersuchungen und Bürgerbeteiligung sind selbstverständlich.

Das Planungsgesetz gilt für jede beliebige Strecke in Deutschland, kann also überall angewandt werden. Allerdings wird derzeit nur konkret an der Strecke Hamburg-Schwerin-Berlin gearbeitet. Für diese Strecke liegt ein Finanzierungskonzept vor, bei dem die private Wirtschaft vollständig und auf eigenes Risiko den Betrieb übernimmt und auch noch durch Nutzungsentgelte (nutzungsunabhängige und zusätzlich erfolgsabhängige) den

vom Bund vorfinanzierten Fahrweg bezahlt.

Herzlichen Glückwunsch an alle Beteiligten: Der heutige Beschluß ist ein Meilenstein bei der Verwirklichung umweltgerechten Verkehrs in Deutschland! Jetzt werden Bundesrat und Bundestag unverzüglich das Planungsgesetz verabschieden, die Planungsgesellschaft kann sofort ins Leben gerufen werden. Wir schweben ab in ein Zeitalter der Höchstgeschwindigkeit im spurgeführten Verkehr — eine sinnvolle Ergänzung der herkömmlichen Eisenbahn und ein Ersatz für den umweltschädlichen Kurzstreckenluftverkehr.

Die Vernunft hat gesiegt

Zur Entscheidung des Vermittlungsausschusses zum Transrapid erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Faltlhauser:

Trotz der bis zuletzt ablehnenden Stimmen aus den Reihen der SPD hat in Sachen Transrapid nun die Vernunft gesiegt. Ein Lob an die SPD-geführten Länder, die dem Projekt zugestimmt haben und damit die Blockadestrategie ihrer Partei brechen.

tig vom „Abbau des Sozialstaates“ zu reden, sollten sich die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften die Mahnungen der OECD in Plakatgröße in ihre Büros hängen:

„Verantwortlich (für die hohe Arbeitslosigkeit) ist u.a. die mangelnde Flexibilität der Arbeitsmärkte... Am schwersten wiegt aber vielleicht, daß der Tariflohn als faktischer Mindestlohn die weniger qualifi-

zierten Arbeitskräfte in vielen Fällen vom Stellenmarkt verdrängt. Gleichzeitig mindern die hohen Steuersätze und die im internationalen Vergleich großzügig bemessene Arbeitslosenunterstützung den Anreiz zur Rückkehr ins Erwerbsleben, während andererseits die starren Kündigungsbestimmungen die Einstellungsbereitschaft der Firmen einschränken.“

Schäden der DDR-Wirtschaft mit Arbeit der Treuhand verwechselt

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 2. Untersuchungsausschuß „Treuhandanstalt“, Dieter Schulte MdB, erklärte anläßlich der Übergabe des Berichtes des Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ an die Präsidentin des Deutschen Bundestages und die anschließende Pressekonferenz des Ausschußvorsitzenden Schily:

Schön, daß der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Schily den Bericht der CDU/CSU- und FDP-Bundestagsfraktion über die Ergebnisse der Arbeit des Untersuchungsausschusses der Frau Bundestagspräsidentin übergeben hat.

Der von den Mitgliedern der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuß vorgelegte Bericht verdient es, als besonders eindrucksvolles Lehrstück geschickter, subtiler Manipulation wieder und wieder gewürdigt zu werden.

In endloser Folge reiht der Text Zitate aneinander, die, aus ihrem eigentlichen Zusammenhang gerissen und dann absichtsvoll gefügt, dem Leser ein gänzlich anderes Bild der Beweisaufnahme vermitteln, als es die Wortprotokolle der Zeugenaussagen und die als Beweismaterial beigezogenen Akteninhalte je vermöchten.

Da werden die Verfehlungen von 4 Liquidatoren in unverhältnismäßiger Länge und Breite erzählt, während die notwendigen, geräuschlose Tätigkeit der anderen 600 Vertreter dieses Standes in Treuhanddiensten nicht einmal mit einer Silbe Erwähnung finden.

Da führen die Autoren beredt Klage über die wenig mehr als 100 gescheiterten Pri-

vatisierungen — doch von den über 14.000 gelungenen Verfahren, die den Neuaufbau konkurrenzfähiger, leistungstarker und wachstumsorientierter Unternehmen in dem Osten Deutschlands erst ermöglichten, hat die SPD, so macht es

Von über 14 000 gelungenen Verfahren hat die SPD offenbar noch nie etwas gehört, beredt Klage wird dagegen über die gescheiterten Privatisierungen geführt.

der Bericht jedenfalls glauben, noch nie etwas gehört.

Da steht eine Riege selbsternannter SPD-Wissender — die in Wirklichkeit von volks- und betriebswirtschaftlichem Zusammenhang wenig Kenntnisse haben — auf, um der staunenden Welt nie gehörte ökonomische Einsichten zu vermitteln.

Was zählt da die Phalanx der Sachverständigen, die Analysen eines Prof. Dr. Hax, des Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die entschlossene Unterstützung der schnellen Privatisierung seitens Dr. Pöhl, des ehemaligen Präsidenten der Bundesbank, die unmißverständlichen, die Treuhandpolitik entschieden stützenden Bemerkungen und Feststellungen des früheren Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. von Dohnanyi, oder die eindeutig positiven Urteile der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute oder der OECD, wo doch der

Umwandlungssteuergesetz bestätigt

Zum Ergebnis des Vermittlungsverfahrens zur Novellierung des Umsatzsteuergesetzes erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansgeorg Hauser:

Mit seiner Beschlußempfehlung hat der Vermittlungsausschuß den Weg freigemacht für die dringend erforderliche Modernisierung des Umwandlungssteuerrechts.

Grünes Licht besteht insbesondere für folgende Neuregelungen:

- Eine Verschmelzung von Körperschaften auf Personengesellschaften und natürliche Personen kann steuerneutral erfolgen.
- Auch die Spaltung von Körperschaften kann steuerneutral durchgeführt werden.

● Sowohl bei der Verschmelzung einer Körperschaft auf eine andere Körperschaft als auch bei der Spaltung können bestehende Verlustvorträge in Anspruch genommen werden.

● Beim Formwechsel von einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft sind die steuerlichen Vorschriften für den Vermögensübergang von einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft entsprechend anwendbar.

Entscheidend verbessert

Damit sind die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit deutscher Unternehmen entscheidend verbessert und ein weiterer Schritt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland getan worden.

Glaube an die heilende Allmacht des Staates alleine über den Erfolg einer Volkswirtschaft entscheidet?

Die Geschichte dieses Jahrhunderts lehrt mit seltener Eindringlichkeit, daß die schier unübersehbare Schar der durch den Staatskapitalismus um ihre Lebensarbeit betrogenen Menschen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Osteuropa diejenigen anklagt, die immer noch ideologisch Nebelkerzen werfen, um die außerordentlichen Erfolge der Marktwirtschaft und ihre unwiderlegliche Effizienz vergessen zu machen.

Die SPD sieht dies nicht! Sie lastet die strukturellen Mängel der DDR-Wirtschaft der Treuhandanstalt an. War dies das Motiv der SPD, den Untersuchungsausschuß zu beantragen?

Wahlkampf-Argumente



Ziel, Strategie und Ergebnis der Politik der Bundesregierung waren nach Auffassung der Sachverständigen richtig, die Arbeit der Treuhandanstalt erfolgreich. Am besten umschrieben hat dies der von der SPD benannte Sachverständige Prof. Sinn, der die Arbeit der Treuhandanstalt vor dem Untersuchungsausschuß als phantastisch bezeichnet hat.

Damit erübrigen sich weitere Ausführungen.

Familienpolitik
Vorfahrt für Familien

Innere Sicherheit
Kriminalität entschlossen bekämpfen

Aufschwung Ost

Der Weg zum modernen Standort

SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Aktuelle
Faltblätter zur

Bundestagswahl

2971:	Agrrarpolitik — Die Zukunft der Landwirtschaft sichern	100 St. 20,— DM
2967:	Arbeit — Beschäftigung sichern — Arbeitsplätze schaffen	100 St. 20,— DM
2973:	Aufschwung Ost — Der Weg zum modernen Standort	100 St. 20,— DM
2970:	Äußere Sicherheit — Frieden und Sicherheit für Deutschland	100 St. 20,— DM
2969:	Familienpolitik — Vorfahrt für Familien	100 St. 20,— DM
2974:	Gleichberechtigung — Gemeinsam geht's besser	100 St. 20,— DM
2975:	Innere Sicherheit — Kriminalität entschlossen bekämpfen	100 St. 20,— DM
2964:	Jugend — Wir schaffen Zukunft für junge Menschen	100 St. 20,— DM
2972:	Senioren — Sicher und zufrieden im Alter	100 St. 20,— DM
2965:	Soziale Sicherheit — Wir sichern den Sozialstaat	100 St. 20,— DM
2966:	Standort Deutschland — Chancen nutzen Zukunft gestalten	100 St. 20,— DM
2968:	Umwelt — Natürliche Lebensgrundlagen bewahren	100 St. 20,— DM
2923:	Sport im vereinten Deutschland	100 St. 19,— DM
2837:	Informationen für Deutsche aus Ost-Europa	100 St. 19,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Neu in Versmold

Comic „Archäologische Sensation“

Zeitgleich zum Start unseres neuen Kinospots ist dieser jetzt als Comic erhältlich.



250.000 Jahre alte Höhlenzeichnungen geben Auskunft über die Entstehung des Aufschwungs durch unseren Steinzeitmenschen „Morgen“ sowie über die vergeblichen Versuche seines Kumpels „Gestern“ (mit Bart) diesen zu verhindern. Ach ja, und dann ist da auch noch der fette Grüne der... doch mehr wird nicht verraten, denn am besten überzeugen Sie

sich selbst von unserem neuen Comic.

Dieses Comic-Heft eignet sich u. a. auch als Beilage für Zielgruppenbriefe an junge Leute.

Bestell-Nr.: 2014
Verpackungseinheit:
100 Expl.
Preis je 100 Expl.:
32.— DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23)
4 15 21/54 69/4 28 20

UiD

30/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-189, **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.